

FÜR EIN EUROPA DER SOLIDARITÄT

Martin Schirdewan
Ko-Präsident der Linksfraktion im EP GUE/NGL

Deutschland übernimmt ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 die EU-Ratspräsidentschaft. Alle inhaltlichen Planungen sind durch den Ausbruch der Corona-Pandemie über den Haufen geworfen worden. Klar ist: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird eine Corona-Präsidentschaft. In den kommenden Monaten werden die Weichen gestellt für die Zeit nach der Gesundheitskrise, die Europa und die Welt derzeit erschüttert.

Jetzt gilt es, die zukünftige soziale, ökologische und wirtschaftliche Gestalt der EU (neu) zu bestimmen. Wir fordern, die wirtschaftliche und soziale Erholung mit der überfälligen Neuausrichtung der EU-Politik zu verbinden. Dies sind deshalb unsere Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft:

DAS PRIMAT DER ALLGEMEINEN UND INDIVIDUELLEN GESUNDHEIT

Die europäischen Gesundheitssysteme benötigen ausreichend medizinische Infrastruktur, Ausstattung mit Intensivbetten und Schutzmasken und -bekleidung für das Personal, um den Gesundheitsschutz der Bevölkerungen zu garantieren. Forschungsergebnisse im Kampf gegen die Pandemie sind als Gemeingut allen zur Verfügung zu stellen. Die Angestellten im Gesundheitswesen haben ein Recht auf gute und sichere Arbeitsbedingungen, die Bevölkerung hat ein Anrecht auf umfassenden Gesundheitsschutz.

Die Gesundheitskrise ist noch längst nicht überwunden, die soziale Krise noch nicht vollends angelaufen. Die Virus-Ausbreitung kann erneut zunehmen und auf Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten (MS) treffen, deren Verletzbarkeit uns in den zurückliegenden Wochen bereits schmerzhaft und um den Preis vieler Leben vor Augen geführt wurde.

63 Mal hat die EU-Kommission die MS zwischen 2011 und 2018 dazu aufgefordert, Ausgabenkürzungen und Privatisierungsmaßnahmen im Gesundheitssystem vorzunehmen. Die öffentliche Daseinsvorsorge Marktbedingungen unterordnen zu wollen, ist offensichtlich und dramatisch gescheitert.

Sie muss zukünftig komplett von den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgenommen sein. Dieser Vertrag gehört letztendlich in die finale Mottenkiste der Geschichte und sollte im Zuge der im zweiten Halbjahr 2020 anstehenden Revision aufgekündigt werden. Für die Staatsbeihilfe-Regelungen im Wettbewerbsrecht, die die Ausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge behindern, gilt das ebenso. Wir brauchen ein europäisches Programm zur Stärkung und dem besonderen Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge in Höhe von zunächst 25 Mrd. Euro, die über Eigenmittel der EU zu finanzieren sind.

Unabhängig von einer weiteren Infektions-Welle muss der Staat regulierend in die private Produktion eingreifen, um benötigte medizinische Güter herstellen zu können. Auch sollte in diesem Zusammenhang die Debatte um Generika und das damit verbundene Patent- bzw. Urheberrecht wieder angestoßen werden, denn Gesundheit darf keinesfalls Spekulationsobjekt sein.

CORONA-BONDS ODER SCHULDENSPIRALE

Die wirtschaftliche Erholung kann nur solidarisch gelingen: Deutschland ist jenes Land, das am stärksten vom EU-Binnenmarkt und der einheitlichen Währung profitiert. Zwischen 1999-2017 hat Deutschland einen Nutzen in Höhe von 1,9 Billionen Euro aus der Einführung des Euros gezogen (Quelle: Centrum für Europäische Politik). Nunmehr muss es für Deutschland deshalb an der Zeit sein, etwas zurückzugeben und die kleingeistigen nationalstaatlichen Spielchen einzustellen, sofern denn die gemeinsame Zukunft Europas mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis ist. Doch die Wiederaufbau-Maßnahmen müssen laut Bundesregierung im bestehenden Vertragswerk umgesetzt werden (SWP; EZB). Wir fordern hingegen eine Mandatsänderung der EZB, damit diese als Zentralbank der Eurozone die Staaten direkt finanziell unterstützen kann.

Die Chance auf *Corona-Bonds* wurde vorerst vertan, jetzt soll es also der sogenannte *recovery fund* richten. Dass dabei der *Mehrjährige Finanzrahmen* (MFR), der noch nicht verabschiedet worden ist, zum Heilsbringer avancieren soll, spricht Bände darüber, dass eine solidari-



sche Lösung zwischen den Mitgliedstaaten politisch nicht gewollt war. Da mit dem *recovery fund* Zuwendungen und Kredite vergeben werden sollen, wird sich die Staatsverschuldung insbesondere in den am stärksten von COVID-19 betroffenen Ländern (Italien, Spanien) weiter verschärfen. Um das zu verhindern, dürfen Corona-bedingt aufgenommene Schulden nicht auf die Staatsverschuldung angerechnet werden. Sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterhin wider besseren Wissens gelten, werden die betroffenen Länder zu Jahrzehnten der Austerität verdammt - Sparen und Kürzen wäre wieder politisches Programm.

MIT PANZERN IN DIE ZUKUNFT?

Angesichts der Dramatik der Rezession braucht der MFR eine robuste Erhöhung auf dauerhaft 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens und eine andere Prioritätensetzung als in den bisherigen Entwürfen. Der Fokus muss auf der Mobilisierung von Mitteln für die Kohäsionspolitik liegen. Struktur- und Sozialfonds müssen besser ausgestattet werden. Doch die avisierten Militärausgaben steigen nach wie vor um mehrere hundert Prozent. Der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) bleibt nach europäischem Recht illegal. Jetzt wäre die Zeit für Rat und Kommission, sich davon zu verabschieden, ansonsten wird die Linksfraktion im Bundestag vor dem EuGH dagegen klagen.

Ein schlagkräftiger MFR basiert auch auf entsprechenden Eigenressourcen. Die überfällige Einführung einer europäischen Digitalsteuer von 5%, die dort fällig wird, wo die Daten abgegriffen und die Gewinne erzielt werden. Die Bundesregierung muss die EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um qualifizierte Mehrheitsentscheidungen bei Steuerfragen voranzutreiben, um Steueroasen auch in der EU zu schließen.

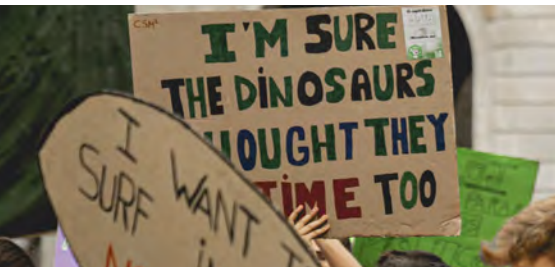
Eine umfassende Finanztransaktionssteuer, die nicht nur den Aktienhandel großer Unternehmen besteuert („Modell Scholz“), sondern auch Derivat- und Hochfrequenzhandel umfasst, höbe ein Steueraufkommen von 92 Mrd. Euro für die EU (Bei 0,1% Aktien und 0,01% Derivaten. Best case Szenario laut Wiener WiFo-Institut 2019)

Wir wollen zudem eine europäische Vermögensabgabe auf private Vermögen zur Refinanzierung der Krisenfolgen: mit entsprechendem Schutz von Betriebsvermögen. Das reichste ein Prozent der Bevölkerung der EU soll 10 % seines Vermögens einmalig abgeben.

SOZIAL-PROTOKOLL IN EU-VERTRÄGE

Die angekündigte Vertagung der Einführung eines europäischen Mindestlohns ist ein Offenbarungseid. Anstatt den europäischen Wiederaufbau mit dem Ausbau sozialer Sicherheit zu verbinden, werden notwendige sozialpolitische Vorhaben wie die Einführung eines europäischen Mindestlohns vertagt. Untersuchungen zeigen, dass Arme und Bevölkerungsgruppen mit Migrationsgeschichte von der Corona-Pandemie besonders stark betroffen sind. Die Armutsquote nach dem EU-Austritt Großbritanniens beträgt noch immer 21,6 %, also praktisch ein Fünftel der EU-Bevölkerung. Armutsbekämpfung, der Einsatz für gerechte Löhne und gute Arbeit sollten nach der akuten Corona-Pandemie absolute Priorität haben. Es ist höchste Zeit, soziale Rechte und Arbeitnehmer*innen-Rechte durch ein *Soziales Protokoll* in den EU-Verträgen rechtlich verbindlich zu sichern.

KEINE ZUKUNFT OHNE AMBITIONIERTE KLIMAPOLITIK



Der europäische Post-Corona-Aufbau muss mit einer Neuausrichtung der europäischen Klima- und Umweltpolitik - orientiert an den Zielvorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens - verbunden sein. 55 Prozent CO₂-Emissionsreduktion sind nicht genug. Jetzt hat die Bundesregie-

rung die Chance, mit einer ambitionierten Politik die CO₂-Emissionen um 70 Prozent bis 2030 zu reduzieren, eine Ausstiegs-Strategie aus der Nutzung fossiler Brennstoffe umzusetzen, ausreichend Geld für den gerechten Übergang (*Just Transition*) in den 108 Kohlerevieren mit etwa 240.000 in der Kohle Beschäftigten bereitzustellen. Um die Energieversorgung auf 100 Prozent-Erneuerbare bis 2040 umzustellen, bedarf es eines europäisch koordinierten Ausstiegsplans aus der Kernenergie. Die Mobilitätswende, der massive Ausbau des europäischen Schienennetzes und des leistbaren Verbindungsangebots, der Abbau des innereuropäischen Flugaufkommens; all dies muss Bestandteil der ambitionierten Klimaziele der EU werden.

BREXIT TROTZ CORONA

Die Corona-Präsidentschaft darf auf dem Brexit-Auge nicht blind sein. Der Brexit kommt. Ein harter wirtschaftlicher Brexit scheint angesichts der Position der britischen Regierung unvermeidlich. Es braucht jetzt die Weichenstellungen für einen *contingency plan*, der die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die EU und Deutschland mildert. Das EU-UK-Handelsabkommen beträgt rund 500 Milliarden Handelsvolumen pro Jahr. Auf Deutschland allein fällt etwa ein Viertel dieser Summe. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen daran.

Ein eventuelles Rumpfabkommen zwischen der EU und UK muss so ausgestaltet sein, dass es einerseits den Schutz von sozialen, umwelt-, und verbraucherrechtlichen EU-Standards genügt und den drohenden Steuerdumpingwettbewerb mit einem ‚*Singapur an der Themse*‘ unterbindet, andererseits Datenschutz im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung garantiert. Die erfolgreiche Umsetzung des Ausstiegs-Abkommens ist für ein künftiges Verhältnis unabdinglich. Die EU muss als verlässlicher Garant des Friedens in Nordirland wirken.

SCHUTZ VON DEMOKRATIE UND GRUNDRECHTEN

Die Bundesregierung muss die Ratspräsidentschaft dazu nutzen, endlich klare Kante gegen rechts zu beweisen. Ungarns Ermächtigungsgesetz, Polens Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz und andere Attacken auf Grund- und Freiheitsrechte sowie die Pressefreiheit muss im Rat eindeutig die rote Karte gezeigt werden. Die Verhandlungen zum MFR bieten die richtige Gelegenheit, stärker auf die Etablierung von (finanziellen) Sanktionsmechanismen zu drängen. Die Stärkung der europäischen Demokratie muss Priorität genießen.

DIE WELT BLEIBT DIGITAL

Der Post-Corona-Aufbau wird auch zum digitalen Umbau Europas; sofern die Chancen klug genutzt werden. Dass die meisten Gesetzesvorhaben im Bereich Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz Corona-bedingt verschoben wurden, darf keine Ausrede für zukünftige Versäumnisse sein. Die Frage von Zukunftsinvestitionen ist eng mit der wirtschaftlichen Erholung und sozialer Gerechtigkeit verbunden. Gerade jetzt stellt sich die Frage gerechter Beteiligung von Unternehmen am Wiederaufbau (Digitalsteuer), des Schutzes privater Daten (tracing app) und des Schutzes der Beschäftigten der Internetökonomie (Plattformarbeit).

#LEAVENOONEBEHIND

Die EU braucht endlich ein humanes Migrationssystem. Die Bundesregierung hat die politische und moralische Pflicht, dafür zu sorgen, dass das Sterben an und vor den EU-Außengrenzen gestoppt wird. Schluss mit den Internierungslagern auf den griechischen Inseln, Schluss mit den Sklav*innenlagern in Nordafrika, Schluss mit Abkommen mit Autokraten, Diktatoren und Warlords. Menschenrechte sind unteilbar und unverhandelbar.



Die EU sollte diesem Grundsatz auch in ihrer Politik gerecht werden, d.h.: Safe Passage, eine Reform der Dublin-Verordnung, Familienzusammenführung, Humanitäre Visa, zivile EU-Seenotrettung. Der Rat muss endlich aufhören, sich den Verhandlungen mit dem Europaparlament zu verweigern. Der überfällige Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention, ist die logische Konsequenz.